

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 293

10. Sept. 2003

9. Jahrgang

Käufliche Gesundheit

Auch in Guatemala wird über eine Reform des Gesundheitswesens gestritten

Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún, Mexiko, vom 10. bis zum 14. September ist ein wichtiger Meilenstein in der neuen Welthandelsrunde. Nachdem die letzte grosse Welthandelsrunde im Jahr 1994 mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO zu Ende gegangen war, begannen im Jahr 2000 die Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Agrar- und Dienstleistungshandels. Einer der geplanten Themenschwerpunkte in Cancún ist die Liberalisierung von Dienstleistungen. Die Marschrichtung wird von den Verhandlungen zum *General Agreement on Trade in Services* (GATS) vorgegeben. Ziel dieses Abkommens ist es, "Handelshemmnisse" abzubauen, um den wettbewerbsfähigsten Dienstleistungsunternehmen einen weitreichenden Zugang zu internationalen Märkten zu verschaffen. Einer der zur Verhandlung stehenden Sektoren ist die Gesundheitsversorgung.

Vor 25 Jahren hat die Weltgesundheitsorganisation WHO in Alma Ata beschlossen, das Menschenrecht auf angemessene Gesundheitsversorgung bis zum Jahr 2000 für alle Menschen durchzusetzen. 1965 wurde die Frist bis 2020 verlängert. Seither wurden zwar deutliche Verbesserungen des Gesundheitsstandards der Weltbevölkerung erreicht, doch gerade in den ärmsten Ländern der Erde sind noch immer Millionen von Menschen von diesem Fortschritt ausgeschlossen. Insgesamt ist die Lebenserwartung zwar gestiegen, aber auch die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut lebt, hat zugenommen - und Armut macht krank.

Wir danken Andreas Boueke, dass wir an dieser Stelle seinen Artikel abdrucken dürfen.

Ähnlich wie in den meisten Ländern Lateinamerikas sind auch in Guatemala die Anzeichen einer Privatisierungswelle im Gesundheitsbereich nicht zu übersehen. Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diesen Prozess zu lenken, haben sich zahlreiche Organisationen in der Nationalen Gesundheitsinstanz zusammengeschlossen. Die Koordinatorin des Netzwerks, Lidia Morales, möchte eine weitreichende Privatisierung des Gesundheitssektors verhindern: "Doch wir erleben eine schleichende Privatisierung durch Abnutzung. Weil die Regierung die öffentlichen Dienstleistungen bewusst vernachlässigt, geht das Vertrauen der Bevölkerung verloren. So steigt der Bedarf an privaten Angeboten."

Die Zahl der teuren Privatkliniken nimmt ständig zu. Es gibt dort zwar keine Warteschlangen und jedeR Einzelne wird sorgfältig betreut, aber einen solchen Service können sich die meisten GuatemaltekenInnen nicht leisten. Der Bauarbeiter Coronado Ramos zum Beispiel muss mit seinem Monatseinkommen von rund zweihundert Euro eine sechsköpfige Familie ernähren: "Wir Armen haben nie Geld. Wenn wir krank sind, müssen wir dorthin gehen, wo wir zwar schlecht behandelt werden, aber wo wir zumindest nicht zu zahlen brauchen."

Doch auch in dem staatlichen Krankenhaus Roosevelt sind schon längst nicht mehr alle Leistungen umsonst. Zum Beispiel muss die Krankenschwester Gloria in der Notaufnahme immer wieder untätig das Sterben zahlungsunfähiger Unfallopfer beobachten. "Patienten mit Schädeltraumata können wir oft deshalb nicht retten, weil zuerst eine Tomographie gemacht werden muss. Die aber kostet Geld. Das Krankenhaus hat nicht die nötigen Mittel, um den Leuten eine Tomographie zu schenken. So bleibt der Patient/die Patientin ohne Behandlung bis ein Familienmitglied auftaucht und zahlt. Nach etwa sechs Stunden sind viele tot, obwohl der Eingriff nicht so

schwierig gewesen wäre."

Der Direktor des Hospital Roosevelt, Doktor Joel Sambrano, weiss um die gravierenden Mängel der Betreuung in seinem Krankenhaus. Seiner Meinung nach ist das öffentliche Gesundheitssystem in Guatemala absolut überfordert: "Die Zahl der Menschen, die zu uns kommen, ist enorm. Die Nachfrage wird solange steigen, bis sich das Land wirtschaftlich stabilisiert hat und die Leute genug verdienen, um Privatkliniken aufsuchen zu können."

Im Prinzip finanziert sich das öffentliche Gesundheitswesen vorwiegend aus Steuern. Doch mit etwa neun Prozent des Bruttosozialprodukts hat Guatemala das niedrigste Steueraufkommen in ganz Lateinamerika. Weil zudem noch die Militärausgaben höher sind als die für das Gesundheitswesen, funktionieren die öffentlichen Krankenhäuser meist am Rand des Existenzminimums. So gesehen ist das Gesundheitswesen schon längst weitgehend privatisiert. 75 Prozent der Ausgaben werden im privaten Bereich getätigt, vor allem in den Apotheken. Nur 25 Prozent sind öffentlich. Der Generalsekretär der nationalen Gewerkschaft der GesundheitsarbeiterInnen, Luis Alberto Lara, schimpft: "In diesem Gesundheitssystem werden unsere Kinder und Frauen weitgehend ausgeschlossen. Sie bekommen keine Hilfe und sterben an Krankheiten, die sich leicht vermeiden liessen."

Viele Kinder sind schon bei der Geburt unterernährt. In Guatemala kommt nicht einmal ein Viertel der Babys mit Unterstützung eines Arztes oder einer Ärztin auf die Welt. Bei den meisten Schwangerschaften übernehmen Hebammen oder erfahrene Frauen aus der Nachbarschaft die Verantwortung. Schon ab ihrem ersten Lebenstag kommen viele Babys mit verunreinigtem Wasser in Berührung. Sie

schlafen auf dem nackten Fussboden und bekommen nicht ausreichend Nahrung, weil auch die Mütter unterernährt sind. Solche Verhältnisse schwächen die Widerstandskraft des Körpers und fördern die Ausbreitung von Infektionen.

Versorgung bei Krankheit ist in Guatemala ein Recht, das eher für die Zahlungsfähigen reserviert ist. Statistisch gesehen kommt ein Arzt/eine Ärztin auf tausend Menschen. Da jedoch die meisten ÄrztInnen in der Hauptstadt arbeiten, gibt es in vielen ländlichen Regionen nicht eineN einzigeN ausgebildeteN MedizinerIn, geschweige denn ein Gesundheitszentrum. Ob eine Privatisierung des Gesundheitssystems diese Situation verbessern würde? Jorge Labareda, Direktor des konservativen Sozialforschungszentrums CIEN, argumentiert, dass es ohne Bezahlung keine Konkurrenz geben werde: "Und ohne Konkurrenz kann kein effizientes Gesundheitssystem entstehen. Deshalb halten wir es nicht für ein Problem, wenn auch im öffentlichen Sektor Profite gemacht werden, solange die Angebote vernünftig sind."

Der Liberalisierungsprozess und der Rückzug des Staates aus sozialen Bereichen scheint unaufhaltbar. Einen weiteren Schub bekommt diese Entwicklung durch die Verhandlungen über das *General Agreement on Trade and Services*, GATS. Das Abkommen wird im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert, obwohl das GATS weitreichende Konsequenzen für Menschen in allen Ländern haben wird, ob

sie nun in Deutschland leben, in den USA, in Ägypten oder in Guatemala. Ähnlich wie bei Maschinen und anderen Waren sollen künftig auch Dienstleistungen frei gehandelt werden können. So wird ein riesiger Markt entstehen.

Der Direktor des Büros der Weltbank in Guatemala, Eduardo Somensato, erhofft sich von dem GATS-Abkommen positive Entwicklungsimpulse für die armen Länder der Welt. "Die öffentliche Verwaltung bringt nicht zwangsläufig die besten Voraussetzungen mit, um ein Gesundheitswesen zu managen. Wir glauben, es wäre viel effizienter, diese Aufgaben mit Verträgen und Konzessionen an die Privatwirtschaft zu übergeben. Natürlich kostet das Geld. Jede Gesellschaft muss für ihre Dienstleistungen zahlen. Die Frage ist, ob direkt bezahlt werden soll oder indirekt über Steuern. Für Einzelpersonen mag es teurer sein, einen privaten Dienstleister aufzusuchen. Aber das muss nicht unbedingt schlecht sein. Wer mehr bezahlt, bekommt einen besseren Service, einen besseren Zugang und letztlich eine bessere Gesundheit."

KritikerInnen der Privatisierungswelle weisen darauf hin, dass die meisten Menschen in Lateinamerika nicht genug Geld haben, um für ihre Gesundheitsversorgung zu zahlen. Der Politologe Omero Fuentes spricht von einer Ausgrenzung der Bevölkerungsmehrheit: "Die soziale Vision der Weltbank ist an Schreibtischen entstanden. Das Denken dieser Leute hat nichts mit der Realität unseres Landes zu tun. Sie entwickeln Rezepte, die vielleicht in einem

reichen Land wie Deutschland funktionieren könnten. Aber in Mittelamerika ist die Situation eine völlig andere. Trotzdem drängt die Weltbank unsere Regierungen in Richtung dieser Rezepte. Sie sagt: 'Ihr bekommt nur dann einen hundert Millionen Dollar Kredit, wenn ihr diesen und jenen Bereich eures Gesundheitswesens reformiert.'"

Der Reformbedarf im Gesundheitswesen ist offensichtlich, ob in Deutschland, in Guatemala oder in den meisten anderen Ländern der Welt. Doch überall dort, wo der Solidargedanke durch Privatisierungskonzepte in den Hintergrund gerückt wurde, sind die Kosten für die Gesundheitsversorgung gestiegen. In Chile zum Beispiel, dem lateinamerikanischen Musterland der LiberalisiererInnen, richtet sich die Versorgung heute vorwiegend nach dem Geldbeutel. In den USA, dem einzigen Land der Welt, in dem noch nie in grossem Stil ein Umverteilungssystem im Gesundheitssektor etabliert wurde, ist die Versorgung so teuer wie nirgendwo sonst. Demgegenüber müssen sich die meisten Menschen in armen Ländern wie Guatemala mit einer Gesundheitsversorgung auf niedrigstem Niveau begnügen, wenn überhaupt.

Vor dem Hospital Roosevelt in Guatemala-Stadt vergeht kein Tag, ohne dass sich eine Schlange wartender Kranker bildet. Einige haben Glück und bekommen ihre notwendige Behandlung. Für andere wird es zu spät sein. Kranke Menschen in Guatemala müssen geduldig sein. Wer nicht bezahlen kann, wartet oder stirbt.

Proteste im Gesundheitswesen

Guatemala, 31. Aug. Fast wöchentlich führen Angestellte des Gesundheitswesens lokale Protestaktionen oder Demonstrationen durch. Sie fordern von der Regierung die Erhöhung des Budgets und wehren sich gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens:

- So geschehen zum Beispiel am 6. August, als Angestellte aus dem Gesundheitssektor die wichtigen Zufahrtsstrassen zur Hauptstadt und zu den Grenzübergängen nach El Salvador und Mexiko blockierten, um die AutomobilistInnen auf ihre Forderungen zu sensibilisieren.

- So geschehen am 19. August, als aus fast allen Departements Krankenhauspersonal in die Hauptstadt reiste an eine Demonstration, die vor dem Präsidentenpalast endete und von Präsident Portillo die Erfüllung ihrer Auflagen forderte. Das gewerkschaftlich organisierte Krankenhauspersonal verlangt unter anderem eine Reform des Gesundheitskodex, speziell dessen Artikel 4 und 5, in

denen der Staat verpflichtet werden soll, der Bevölkerung ein funktionierendes Gesundheitssystem zu garantieren. Weiter soll in diesen Artikeln die Höhe des Etats des Gesundheitssektors geregelt sein, wie auch die rückwirkende Auszahlung der Dienstalterszulage und die Einhaltung des Kollektivvertrags.

Die defizitäre Infrastruktur und der Mangel sowohl an ÄrztInnen wie an Pflegepersonal in allen Spitälern hat laut den Demonstrierenden zu einer Zunahme von behandelbaren Krankheiten wie Lungenentzündung und Durchfall geführt. Auf ihren Transparenten protestierten die Demonstrierenden gegen die Privatisierung und forderten ein kostenloses Gesundheitswesen.

- So geschehen am 25. August, als in Quetzaltenango Angestellte des Nationalen Krankenhauses und des Spitals *Rodolfo Robles* sowie verschiedener Gesundheitszentren mit den selben Forderungen auf die Strasse gingen.

Luis Pimentel, Sekretär der nation-

alen Gewerkschaft des Gesundheitspersonals in Zacapa kündete weitere Protestaktionen an, falls die Regierung auf ihre Forderungen nicht eingehe.

Auch die nationale Gesundheitsinstanz (INS) verurteilte die Bereitschaft der Regierung, die mit dem Argument, Reformen im Gesundheitswesen anzustreben, dieses privatisieren will. Somit würde ein Menschenrecht, dessen Einhaltung der Staat garantieren müsse – nämlich das Recht auf Gesundheit – zu einem Marktprodukt, das sich nur diejenigen leisten können, die das notwendige Geld haben. Für alle andern verkomme "Gesundheit" zu einem unerreichbaren Luxus. In einer Publikation des INS heisst es, die Privatisierungsbestrebungen seien eine Folge der globalisierten Strategien der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID), die verlangt, dass Mechanismen entwickelt werden müssen, damit die Gesundheitsversorgung finanziell tragbar sei.

Vor der WTO-Ministerkonferenz

Mexiko, 27. Aug. Nach zweijährigen intensiven Verhandlungen scheint die internationale Welthandelsorganisation WTO eine Übereinkunft bezüglich der Patentierung von Medikamenten erreicht zu haben. Bisheriger Bremsklotz in den Verhandlungen waren die USA, die in Bezug auf die sogenannten TRIPS-Abkommen (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights) keinen Fingerbreit nachgeben wollten. Die Pharmaindustrie jener Länder, die das TRIPS-Abkommen unterzeichnet haben, genießt auf all ihren Produkten einen 20-jährigen Patentschutz.

Laut offiziellen Informationen gelang es nun den Vereinigten Staaten und einigen Entwicklungsländern, ein Abkommen zu treffen, das den armen Ländern Zugang zu billiger Medizin (sog. Generikas) garantiert. Das nun erreichte Abkommen wurde nebst den USA von Brasilien, Indien, Südafrika und Kenia unterzeichnet und wird nun den restli-

chen Mitgliedstaaten der WTO (insgesamt 146 Ländern) zur Konsultation vorgelegt.

Die internationale Hilfsorganisation OXFAM äusserte sich sehr kritisch zu diesem Abkommen: "Dank" der Unnachgiebigkeit der grossen US-amerikanischen Pharmaunternehmen würden die Entwicklungsländer nach wie vor nicht die selben legalen Rechte haben, um zu zahlbarer Medizin zu kommen, wie die industrialisierten Länder. Gemäss Celine Charvariat von OXFAM "werden die Industrieländer das Abkommen als eine grosse Konzession ihrerseits hochjubeln. Doch handelt es sich um kosmetische Veränderungen, die für Millionen kranker Personen keinerlei Auswirkungen haben werden."

Die Entwicklungsländer konnten zwar erfolgreich die Vereinigten Staaten und ihre Pharmedien davon abhalten, bestimmte Krankheiten, bzw. deren Medikamente, aus dem Abkommen rauszu-

halten. Das vorgeschlagene Abkommen enthält aber laut OXFAM gravierende Fehler: "Entwicklungsländer sind nach wie vor von der Gunst der reichen Länder und deren Pharmaindustrie abhängig und kriegen Lizenzen zur Herstellung von Generika nur unter bestimmten Auflagen."

Gemäss Charvariat von OXFAM wäre die Annahme des nun vorgeschlagenen Abkommens ein Betrug an der Deklaration von Doha (Dakkar), wo im Jahre 2001 die WTO-Ministerkonferenz stattfand. "Es ist völlig ungerecht, neue Hindernisse für Entwicklungsländer zu schaffen, die ihnen den Zugang zu zahlbaren Generika verunmöglichen. Auf der anderen Seite wird dafür eine Industrie begünstigt, die allein in den USA im letzten Jahr einen Gewinn von 37 Milliarden US-\$ verzeichnete. Dieses Abkommen bedeutet ein schlechter Auftakt für die bevorstehende Ministerkonferenz in Cancún."

Überfall auf Büros der PDH

Guatemala, 3. Sept. Unbekannte sind in den Morgenstunden des 26. August in die zentralen Büros des Menschenrechtsprokurats (PDH) in der Hauptstadt eingedrungen und haben wichtige Akten sowie Computer durchsucht bzw. mitgenommen. Durchsucht wurden u.a. die Büros der Abteilung für laufende Ermittlungen, für Arbeitsrechte (wo unter anderem der Fall des Sozialversicherungsinstituts IGSS behandelt wird) sowie der Computer- und Technikraum der Institution. Ebenfalls hatten die Eindringlinge Zugang zu den Listen der Freiwilligen für die Beobachtung und Überwachung des Wahlverlaufs vom 9. November. Laut Berichten von Ombudsmann Sergio Morales sind die Eindringlinge durch ein Fenster eingestiegen und haben die Einrichtungen der Büros zerstört und auf einigen Schreibtischen ihre Fäkalien hinterlassen. Morales kritisierte die Staatsanwaltschaft, dass sie vier Stunden nachdem sie über den Einbruch informiert wurde, immer noch nicht am Tatort erschienen war, um Zeugnisaussagen und Beweismittel aufzunehmen. Dieser Überfall sei eine deutliche Warnung an die Institution und bedeute eine schwere Menschenrechtsverletzung, sagte der Ombudsmann. Es sei bereits der vierte Überfall dieses Jahres auf seine Institution, zuvor seien die regionalen Büros in Escuintla, Izabal und Quiché betroffen gewesen. Morales erinnerte auch an die Drohungen gegen MitarbeiterInnen und an die Ermordung

von Josué Israel López in Chimaltenango im April dieses Jahres.

Guatemaltekeische MenschenrechtsaktivistInnen haben sich einstimmig mit der PDH und deren MitarbeiterInnen solidarisiert und fordern eine sofortige Untersuchung des Überfalls durch die zuständigen Behörden. Mario Polanco von der Menschenrechtsorganisation GAM hegt die Befürchtung, dass Angestellte der PDH, die für die Sicherheit der Büros verantwortlich waren, in den Überfall verwickelt sind bzw. in direktem Kontakt zu den klandestinen Gruppen stehen, die in jüngster Vergangenheit für eine zunehmende Anzahl Überfälle und Drohungen gegen Menschenrechtsorganisationen verantwortlich sind.

Miguel Ángel Albizúres von der *Allianz gegen Straflosigkeit* bezeichnet den Überfall als eine Warnung an die nationale Menschenrechtsbewegung, die sich wiederholt für die Auflösung dieser klandestinen Gruppen ausgesprochen hat und die Einsetzung einer speziellen Kommission für deren Untersuchung und Bekämpfung (CICIACS) fordert.

Die Myrna Mack-Stiftung bezeichnet in einer Presseerklärung den Überfall auf die PDH als besonders gravierend, handelt es sich doch um eine durch die Verfassung geschützte Institution, die den offiziellen Auftrag hat, die Menschenrechte in Guatemala zu verteidigen und zu schützen. Seit Sergio Morales als

Leiter der PDH eingesetzt wurde, konnte diese ihre Position stärken und bewies sich als standhaft und nicht korrumpierbar. Mit der Lancierung des Vorstosses zur Einsetzung der CICIACS habe die PDH einen wunden Punkt des guatemaltekeischen Machtssystems getroffen. Auch die Hartnäckigkeit, mit der die PDH die Vorfälle vom 24. und 25. Juli und weitere im Zusammenhang mit der Wahlkampagne der FRG begangenen Menschenrechtsverletzungen verfolgt, beweist, dass sie sich trotz Drohungen nicht einschüchtern lässt und den eingeschlagenen Weg weitergehen will. Entsprechend ist es gemäss der Myrna Mack-Stiftung nicht weiter verwunderlich, dass nun die PDH selber zum Angriffsziel wird und fragt: "Wer profitiert denn von der Zerstörung und der Entwendung dieser Akten?"

Auf Antrag der FRG erliess der guatemaltekeische Kongress einstimmig eine Resolution, in der sie den Angriff auf die PDH verurteilt. Das Innenministerium und die Staatsanwaltschaft werden aufgefordert, "rigorose Untersuchungen zu führen, um die Verantwortlichen ausfindig zu machen".

Auch international wurde der Überfall verurteilt und eine sofortige Untersuchung gefordert. Die zentralamerikanischen Kollegen von Morales, die in diesen Tagen zu ihrem jährlichen Arbeitstreffen zusammenkommen, haben dies spontan nach Guatemala verlegt als Zeichen ihrer Solidarität. Deutliche Wor-

te fand auch der Vertreter der Europäischen Union in Guatemala, Phillipe Combescot. Er bezeichnete die von der Regierung gestützten und gedeckten klandestinen Strukturen als die Verantwortlichen für den Überfall auf die Menschenrechtsinstitution. Das Ziel der Aktion sei gewesen, die Beweise zu zerstören, die eine Beteiligung der FRG an den Aktionen vom 24./25. Juli zu Gunsten der Präsidentschaftskandidatur von Ríos Montt belegen. Diese Aussage des EU-Kommissärs trübte die gegenseitige diplomatische Beziehung und hatte zur Folge, dass Außenminister Edgar Gutiérrez ein Treffen mit einer extra angeordneten EU-Delegation zur Beobachtung

des Wahlprozesses kurzerhand absagte. Auch Präsident Portillo weigerte sich, mit der Delegation zusammenzutreffen, so dass diese unverrichteter Dinge wieder nach Hause fahren musste.

Sergio Morales scheint sich von dem Überfall nicht einschüchtern zu lassen und veranstaltete am 29. August eine Pressekonferenz, an der er den Präsidenten Alfonso Portillo, seinen Vize Juan Francisco Reyes López, den Innenminister José Adolfo Reyes Calderón und den Polizeidirektoren Raúl Manchamé dafür verantwortlich machte, dass es kein Eingreifen bzw. Stoppen der Ereignisse seitens der Regierung bei den Ausschreitungen vom 24./25. Juli gab. Mo-

rales übergibt seine Untersuchungsergebnisse der Staatsanwaltschaft, damit diese die entsprechenden rechtlichen Schritte gegen die vier einleiten könne.

Derweil laufen die Untersuchungen im "Fall PDH". Die Staatsanwaltschaft teilt offenbar die Einschätzung von Mario Polanco, dass Sicherheitsagenten in den Überfall verwickelt sind und forderte Haftbefehle für vier bei der PDH angestellte Wächter. Jedoch glaubt die Staatsanwaltschaft nicht an ein politisches Motiv für den Überfall. Sie hält an der These des "gewöhnlichen Diebstahls" fest und glaubt, mit der Verhaftung der vier Sicherheitsbeamten den Fall bereits halb gelöst zu haben.

Mit gutem Beispiel voran

Guatemala, 3. Sept. Enrique Ríos Sosa, Sohn von FRG-Präsidentschaftskandidat Efraín Ríos Montt, ist als Chef des militärischen Generalstabs zurückgetreten und wird in seiner Funktion von Freddy Ramírez abgelöst. Offiziell heisst es, Ríos Sosa sei pensioniert worden, da er seine 30 Jahre Militärzeit erfüllt habe. Pablo Ceto (URNG) und andere OppositionspolitikerInnen gehen jedoch davon aus, dass der Rücktritt von Ríos Sosa mit militärischen Spaltungen zu tun hat. Kritisiert wird u.a., dass Ríos Sosa Ernennung

zum General nicht den militärhierarchischen Regeln folgt. Dem Sohnmann wird auch eine wichtige Rolle bei den „Pro-Ríos-Montt“-Ereignissen von Ende Juli zugeschrieben, war es doch, der im Landesinneren Truppenmobilisierungen anordnete und so dem Gerücht eines bevorstehenden Staatsstreiches Vorschub leistete. Ebenfalls ins Kreuzfeuer der Kritik geraten ist Ríos Sosa wegen Unterschlagung von Geldern aus dem Pensionierungsfonds für Militärangehörige.

Der Rücktritt von Ríos Sosa wird all-

gemein als positiv bewertet, verringert sich doch damit die Gefahr, dass die Regierungspartei das Militär während der Wahlkampagne zu ihren Gunsten benutzt: Nach den tätlichen Angriffen auf den Vater bei einer Wahlveranstaltung in Rabinal, verordnete ihm der Sohn z.B. militärischen Schutz und auch bei den Aktionen von Ende Juli soll militärische Infrastruktur benutzt worden sein, um die in die Hauptstadt angekartete Menschenmenge zu versorgen.

Eine Frage des Geldes?

Guatemala, 19. Aug. Eine gründliche Analyse in Bezug auf die Herkunft der Gelder, mit denen die diversen politischen Projekte im Rahmen der aktuellen Wahlkampagne finanziert werden, soll laut Eduardo Antonio Velásquez Carrera, Dekan der Wirtschaftsfakultät der *Universität San Carlos (USAC)*, hilfreich sein, die Agenden der verschiedenen Parteien zu enthüllen.

In seiner Studie über die derzeitige Wahlkonjunktur hat Velásquez festgestellt, dass vornehmlich von der neuen Klasse der nicht-traditionellen "Schwellen-Kapitalisten" die Rede ist, die in Verbindung mit dem Finanzierungssystem stehen, während wenig oder gar nicht (mehr) von den traditionellen Gruppen der Wirtschaftsmächtigen gesprochen wird. Velásquez hält es dennoch für unumgänglich, in diesem Wahlprozess die finanzierende Rolle gerade des traditionellen Wirtschaftssektors in Augenschein zu nehmen, der sich im Laufe der Geschichte Guatemalas als "das Kapital" konsolidiert hat dank der öffentlichen Mittel und der Verhandlungen zwischen seinen Unternehmen und dem Staat.

Unter den Financiers der *Republikanischen Front Guatemalas (FRG)* fin-

den sich laut Velásquez sowohl der Bankier Francisco Alvarado Macdonald – gegen den immer noch ein Gerichtsverfahren läuft wegen Dokumentenfälschung in den Zwillingsbanken *Promotor* und *Metropolitano*, die sich nach ihrer Insolvenzverkündung im Prozess der Liquidierung befinden. Weitere UnterstützerInnen findet die FRG in den UnternehmerInnen des öffentlichen Transports, des Handels, der Industrie – darunter "grosse" und "mittlere", die in Verbindung mit FunktionärInnen der aktuellen Regierung sowie Militärs stehen, die sich an Schmuggelhandel und Steuerhinterziehung bereichert haben.

Die Finanzquellen der Kampagne der *Grossen Nationalen Allianz (GAN)*, für die der Unternehmer Oscar Berger als Präsidentschaftsaspirent kandidiert, stammen aus Firmen, die an den UnternehmerInnenverband CACIF angeschlossen sind, in dem sich die Sektoren Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Finanzen zusammengetan haben. Ursprünglich hatte der CACIF die *Partei des Nationalen Fortschritts (PAN)* unterstützt, aus der Oscar Berger ausgestiegen ist, um die GANA zu gründen.

Als die jetzigen UnterstützerInnen für die Wahlpropaganda der PAN iden-

tifizierte der USAC-Dekan kleine und mittlere Unternehmen des internen und externen Handels, der Industrie, des Baugewerbes, der Pharma-Industrie und der Elektrizitätsgewinnung.

Was die potentiellen Financiers der *Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE)* betrifft, ist laut Velásquez aufgrund der politischen Rechtslastigkeit des Vizepräsidentschaftskandidaten Fernando Andrade Díaz-Durán nicht auszuschliessen, dass es Gruppen von nicht weiter spezifizierten "IntrigantInnen" gibt, die die Partei unterstützen.

In Bezug auf seine Beobachtung der linken Parteien weist Velásquez darauf hin, dass diese keine bedeutende Finanzierung von Seiten der traditionellen Wirtschaftssektoren erhalten und ihr Etat, der von ihren AnhängerInnen stammt, begrenzt sei, genauso wie die Unterstützung, die sie aus dem Ausland erhalten.

Der Wirtschaftswissenschaftler ist der Meinung, dass die nächsten Wahlen zwischen zwei Fraktionen des nationalen Bürgertums ausgefochten werden, während die alternativen Parteien wenige bis gar keine Chancen haben werden, ausser vielleicht auf Gemeindeebene.

Schulversorgung mangelhaft

Guatemala, 31. Aug. Während die Alphabetisierung der Männer laut Erziehungsministerium (MINEDUC) auf 74,9% gestiegen ist, erreicht die Schulabbruchrate von Mädchen in ländlichen Gegenden 81,5%, in der Stadt 50%. Dies fand die Analyse mit dem Titel "Die Situation der Frauen in Guatemala 2003" des *Programms Demokratische Werte und politische Leitung* (PVDGP) von der Organisation der Amerikanischen Staaten (OEA) heraus. Gemäss PVDGP-OEA mangelt es dem nationalen Bildungssystem an Programmen und Inhalten, die an den Bedürfnissen der Frauen orientiert sind und die die Möglichkeiten der Eingliederung in das wirtschaftlich-produktive System und das Recht auf bessere Lebensqualität fördern. Ein Zeichen dafür ist, dass nur 17% der Mädchen ihre Grundschulausbildung beenden und in ländlichen Gebieten 66% die Schule verlassen, bevor sie die dritte Klasse abschliessen.

Auch wenn 1998 die Alphabetisierungsrate von erwachsenen Frauen mit 59,7% angegeben wurde, gab der Entwicklungsbericht von 2002 an, dass 67,6% der Guatemaltekinen Analphabetinnen seien und eine deutlich steigende Tendenz unter den Indígenas zu verzeichnen sei.

Immer noch wird im guatemaltekischen Denken die Beteiligung der Jungen am wirtschaftlichen und politischen Leben als wichtiger bewertet, deshalb wird deren Schulbesuch vor dem der Mädchen Priorität eingeräumt. Um die

se Situation zu verändern, ist es laut PVDGP-OEA notwendig, dass die verantwortlichen Institutionen in Bezug auf Themen wie Alphabetisierung, Erziehung und Fortbildung mit Schwerpunkt auf die Geschlechtergleichstellung beraten werden und die realen Bedingungen der Frauen anhand von Studien und Statistiken verdeutlicht werden.

Währenddessen müssen die öffentlichen Schulen im Departement Zacapa komplizierte Antragswege bewältigen, um überhaupt pro SchülerIn einen Quetzal (ca. US-\$ 0,15) vom Erziehungsministerium (MINEDUC) zur Verfügung gestellt zu bekommen, damit den Lernenden wenigstens einmal in der Woche ein Schulfrühstück angeboten werden kann. Catalina Pérez, Lehrerin und Verwaltungskordinatorin in Río Hondo berichtet, dass viele SchülerInnen auf dem Land in Armut und extremer Armut leben und zu Hause keine ausreichende Ernährung erhalten, was sowohl ihre Lernleistungen, aber auch ihre Gesundheit und Entwicklung deutlich beeinträchtigt.

Doch nicht nur fehlt das Geld für eine angemessene Schulspeisung. Im ganzen Land werden aufgrund des begrenzten Etats des MINEDUC rund zwei Millionen Kinder und Jugendliche aus dem Bildungssystem ausgeschlossen, so der Bericht "Realität des Haushalts und der Programmatik des MINEDUC 2002-03 und seine Finanzierungsaussichten ab 2004", vorgelegt von der *Ständigen Nationalen Kommission der Bildungsreform* (CNPRE). Laut diesem muss der Etat des MINEDUC für das kommende Jahr von derzeit 3,2 Mill. Quetzales (ca. US-\$ 400 Mio.) auf mindestens Q 4,5 Mill. (ca. US-\$ 560 Mio.) erhöht werden. Dies entspräche einem halben Prozentpunkt in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt, was laut Berater Miguel Angel Barrios zwar noch nicht

ideal, aber immerhin ein Anfang sei. Vor allem die Versorgung auf der Ebene der weiterführenden Schulen ist mangelhaft. Gerade einmal zu 13% decken die vorhandenen Schulen, die zur Mittleren Reife ("básico") führen, den Bedarf ab, ganze 4% stehen im Sektor "diversificado" - Abschluss mit Berufsausbildung oder Abitur - zur Verfügung, während die Vorschulversorgung, die bereits erste Lerneinheiten übernimmt, eine Flächendeckung von 44% erreicht. Der Besuch eines Kindergartens ist eher unüblich. Allein die Abdeckung des Grundschulsektors mit angeblich 100% laut CNPRE könne einen wichtigen Erfolg vorweisen.

Angesichts der bisherigen Nichterfüllung der zwölf Abkommen, die die *Nationale LehrerInnenvereinigung* (ANM) nach ihrem 50 Tage währenden Streik Anfang des Jahres mit den verantwortlichen Ministern abgeschlossen hatte, war für Ende dieser Woche ein friedlicher Demonstrationzug angekündigt worden. Das Lehrpersonal fordert Informationen über den langfristigen *Nationalen Bildungsplan*, über die Fortschritte hinsichtlich der Bildungsreform und des *Forum von Dakar*, Initiativen, die vom MINEDUC, internationalen Organisationen und der Konsultativgruppe vorangetrieben worden waren.

Offensichtlich reichte die Ankündigung einer Demonstration aus, um Erziehungsminister Mario Torres zumindest zu dem Angebot von 12'000 neuen LehrerInnenstellen zu bewegen. Auf die Forderung des Ministers, den Zeitraum des Schuljahres zu verlängern, um die zweieinhalb bestreikten Monate zu ersetzen, antwortete ANM-Vertreter Joviel Acevedo kategorisch, dass sie keinen Tag länger arbeiten werden.

Die angekündigte Demonstration wurde jedoch angesichts der teilweise erreichten Beschlüsse zeitweilig aufgehoben.

Mehr geben als nehmen

Guatemala, 2. Sept. Der von Finanzminister Weymann vorgelegte Vorschlag für das Budget '04 umfasst ein Total von rund 33 Milliarden Quetzales (ca. 4 Mill. US-\$). Davon gehen rund die Hälfte in die Administration und in die Gehälter der Staatsangestellten, rund ein Drittel geht in Investitionen und mit dem Rest sollen die Schulden bezahlt werden. Aufgestockt werden die Etat des Erziehungsministeriums, des Kommunikations- und Verkehrsministeriums und des Gesundheitswesens. Im Fall des im obigen Artikel erwähnten Erziehungsministeriums soll das Budget für 04 3,7 Mill. Quetzales (ca. 480 Mio. US-\$ betragen).

Unklar ist, wie das zusätzliche Geld eingenommen werden soll. Allgemein geht man davon aus, dass die Einnahmen durch Steuern nächstes Jahr (noch) niedriger sein werden als 03. Die Idee von Weymann ist, das Land durch den Verkauf von Staatsanleihen noch etwas mehr zu verschulden.

Allgemein wird der Budgetvorschlag als politischer Schachzug der FRG im Wahljahr verurteilt. Das letzte Wort ist sicher noch nicht gesprochen und der Phantasie der verschiedenen Kandidaten wohl keine Grenzen gesetzt, wenn es darum geht, Vorschläge zu machen, wie und wo Staatsgelder eingespart werden können.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Erste Nationalversammlung des Maya-Volkes

Guatemala, 26. Aug. Mit dem Ziel, die Einheit untereinander zu stärken und die Repräsentation der diversen *comunidades* und Sektoren der indigenen Völker zu institutionalisieren, hat in diesen Tagen unter Beteiligung von 300 Delegierten des Landes, der erste *Nationalkongress des Maya-Volkes* stattgefunden, bei dem die *Nationalversammlung der VertreterInnen des Maya-Volkes* gegründet wurde. An einer Pressekonferenz gab der Koordinator der Versammlung, Santiago Conos López, bekannt, dass diese Körperschaft, die aus VertreterInnen und Autoritäten der Regionen und *comunidades*, in denen die Indígenas leben, besteht, ein politisches Instrument darstellt, das gemeinsame Aktionen und die Konsultation der indigenen Bevölkerung durch den Staat vorsieht sowie die Absicht verfolgt, stärkeren Einfluss auf die zahlreichen Prozesse des öffentlichen Lebens und die Entscheidungen der Regierung zu üben. Dabei stützt sich die Funktionsweise dieses Repräsentationsorgans auf die Praxis der Selbstbestimmung und zielt darauf ab, mit kurz-, mittel- und langfristigen Ansätzen und Entwürfen die Bestrebungen und Entwicklungsprojekte zu Gunsten des Maya-Volkes zu stärken.

Conos hält es für fundamental, dass die indigenen Völker ihre Repräsentation und Beteiligung in den Prozessen der Demokratisierung des Landes institutionalisieren, um so der Diskriminierung, dem Ausschluss, Rassismus, dem Benutztwerden und der Manipulation zu begegnen und auch

die politische wie wirtschaftliche Dezentralisierung des Staates zu unterstützen.

Die Gründungsergebnisse sowie das grundlegende Dokument "Kemom Tzij", das die Ziele, die Vision, Mission, Funktion, Struktur und Organisation der Repräsentationsausübung des Maya-Volkes beinhaltet, sind Resultat eines zweijährigen Arbeitsprozesses.

Juana Batzibal, Mitglied der gegründeten Konsultationskommission, erklärt, dass angesichts des Fehlens eines institutionellen Raums, der zur Vermittlung zwischen dem Maya-Volk und dem Staate dienen könne, die *Nationalversammlung* im Rahmen des Aufbaus einer nationalen Identität gegründet wurde, die die Multiethnizität, Plurikulturalität und Mehrsprachigkeit der guatemalteckischen Bevölkerung würdigt. Die von der *Nationalversammlung* erarbeiteten Rahmenpolitiken werden der nächsten Regierung sowie internationalen Organismen und privaten Institutionen vorgelegt. "Wir wollen über unsere Kultur, unsere Rechte und letzten Endes über die Art der Entwicklung Guatemalas entscheiden", so Batzibal.

In ihrer ersten Deklaration definiert die Versammlung ihren politischen Gedanken, mit dem sie ihre Vorschläge für eine Transformation jenes Systems verfolgen will, das während Jahrhunderten die indigene Bevölkerung aus der Gesellschaft ausgeschlossen hat. "Der Staat, sein Gesetzesrahmen, die Form der Machtverteilung, das Fällen von Entscheidungen und die Verteilung von wirtschaftlichen Gewinnen entsprechen nicht

der plurikulturellen Zusammensetzung der guatemalteckischen Gesellschaft". "Jetzt liegt es an uns, die Verantwortung zu übernehmen, uns zu unserer eigenen Entwicklung zu verpflichten und selbstverständlich von der Regierung zu verlangen, die unterzeichneten Abkommen zu erfüllen", so das Dokument. Dazu gehört das Übereinkommen 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO), das den Staat politisch und juristisch dazu verpflichtet, die indigenen Völker zu konsultieren, wenn Entscheidungen über Themen gefällt werden, die in Zusammenhang mit deren Leben, Interessen, Bestrebungen und Rechten stehen.

Für die Konsultationskommission werden 93 Personen aus den Dörfern und Munizipien der 16 Departements gewählt, in denen die indigenen Völker vertreten sind. Damit sei ein ausreichend repräsentatives Organ geschaffen, das befragt werden kann und dessen Antwort über die notwendige Legitimation verfügt, so die Verantwortlichen.

Edmundo Urrutia vom Sozialforschungsinstitut ASIÉS macht indes darauf aufmerksam, dass es bereits den *Nationalrat der Mayavölker* gibt, der die gleiche Philosophie verfolgt und die Unterstützung der *Mission der Vereinten Nationen für Guatemala* (MINUGUA) genießt. Dennoch erklärt Rosalina Tuyuc, dass sie als Mitglied des besagten Rates nicht an der Gründung der neuen Versammlung teilgenommen hat, diese aber für eine positive Initiative hält.

Zivile Komitees - eine Alternative zur lokalen Macht

Guatemala, 30. Aug. Seit 1985 bis heute haben es die *Zivilen Komitees* geschafft, die Anzahl der in den Wahlen "gewonnenen" Bürgermeistereien beständig zu erhöhen, auch wenn der prozentuale Anteil an Gemeinden, in denen sie regieren, weiterhin eher gering ist, verglichen mit dem der politischen Parteien. Bei den Wahlen von 1999 standen 176 Komitees in 131 der 332 Munizipien des Landes zur Wahl und eroberten 25 Bürgermeisterämter, also 7,6% der besetzten Staatsinstitutionen, gegenüber 2,4% im Jahr 1985.

Die Mehrheit der Gemeinden, die von *Zivilen Komitees* geleitet werden, befindet sich in den westlichen Departements des Landes, sechs davon gehören zu Quetzaltenango, vier zu Chimaltenango und drei zu Sololá.

In diesem Jahr wurde laut der verantwortlichen Abteilung des Obersten Wahlgerichts (TSE) erwartet, dass sich bis zur bereits abgelaufenen Einschreibefrist insgesamt 179 *Zivile Komitees* für die Teilnahme an den Wahlen am 9. November anmelden. Die Frist zur Aufstellung von Bürgermei-

sterkandidatInnen durch politische Parteien dagegen währt noch bis zum 10. September.

Das Wahlgesetz schreibt fest, dass die genannten Komitees politische Organisationen von zeitlich begrenztem Charakter sind. Das bedeutet, dass sie sich nach den Wahlen wieder "auflösen" können, auch wenn ihre aufgestellte KandidatIn für das Bürgermeisteramt gewählt worden ist. Zu den Aspekten, die sie von politischen Parteien unterscheidet, gehört ausserdem, dass sie lediglich KandidatInnen für municipale Körperschaften aufstellen dürfen, also keine Kongressabgeordneten oder (Vize-) PräsidentschaftsaspitantInnen.

Abhängig vom Verwaltungsbezirk muss ein *Ziviles Komitee* unterschiedlich viele UnterstützerInnen vorweisen: im Bezirk Guatemala sind es 1'000, in den Departementshauptstädten 500 und in den übrigen Gemeindebezirken 100.

Unterdessen haben auf lokaler Ebene einige strukturelle Veränderungen stattgefunden. Zum einen wurde der *Kodex der Gemeindeverwaltung* modifiziert, zum ande-

ren stellen das neue *Gesetz der städtischen und ländlichen Entwicklungsräte* sowie das ebenfalls neue *Gesetz der Dezentralisierung* die Grundlage zur Neuorganisierung dar, wobei die Dörfer darüber bislang kaum informiert wurden. Die sog. COCODES, die *Kommunalen Entwicklungsräte* sollen in Zukunft jene Komitees ersetzen, die sich bislang ehrenamtlich jeweils um spezielle Bedürfnisse des Dorfes gekümmert haben, indem sie z.B. für die Trinkwasserversorgung, den Strassenbau oder den Bau der Schule im Dorf verantwortlich waren. Bisher ohne die Planung einer speziellen Ausbildung soll nun ein COCODES eines Dorfes all diese Projekte in die Hand nehmen, eine Aufgabe die nach dem alten System auf viele Schultern verteilt war.

In eigener Sache

Der nächste ¡Fijate! erscheint am 8. Oktober. Wir beiden Redakteurinnen müssen uns in unserer jeweiligen neu-alten Umgebung anklimatisieren: Christiane zurück aus Guatemala wieder in Berlin und Barbara in Guatemala.